

## Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Marliese Dobberthien,  
Dr. Jürgen Meyer (Ulm), Hermann Bachmaier, weiterer Abgeordneter  
und der Fraktion der SPD  
— Drucksache 12/6264 —

### Reform des § 217 Strafgesetzbuch (StGB)

Nach § 217 StGB wird eine Mutter, die ihr nichteheliches Kind in oder gleich nach der Geburt tötet, mit Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren, in minder schweren Fällen mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. Tötet hingegen eine Mutter ihr eheliches Kind in oder gleich nach der Geburt, so wird sie wegen Mordes (§ 211 StGB) oder Totschlags (§ 212 StGB) mit Freiheitsstrafe zwischen fünf Jahren und lebenslang bestraft.

Diese strafrechtliche „Privilegierung“ von Müttern nichtehelicher Kinder ist nur aus der Entstehungsgeschichte des § 217 StGB im 19. Jahrhundert zu verstehen: Der Mangel an wirksamen Methoden zur Schwangerschaftsverhütung sowie die Strafandrohung beim Abbruch einer ungewollten Schwangerschaft zwang in vielen Fällen betroffene Frauen zum Austragen der Schwangerschaft, und das bedeutete nicht selten ein Leben mit einem „unehelichen“ Kind in Schande und wirtschaftlicher Not. Tötete eine Mutter aus Verzweiflung und Ausweglosigkeit ihr Neugeborenes, so sollte das „gefallene Mädchen“ nicht auch noch von der vollen Härte des Strafrechts getroffen werden.

Aufgrund der veränderten gesellschaftlichen Stellung von Müttern nichtehelicher Kinder dürfte die Unterscheidung von Müttern ehelicher Kinder heute weder zeitgemäß noch gerechtfertigt sein. Ein Zusammenhang zwischen dem Familienstand des Kindes und der besonderen Not-situation der Mutter, der bei Anwendung von § 217 StGB bisher nicht einmal nachgewiesen werden muß, kann heute nicht mehr allgemein als zwingend angenommen werden. Bekanntlich gibt es immer mehr Frauen, die zwar auf die Ehe, nicht jedoch auf Kinder verzichten wollen. Die der Mutter zugebilligte psychische Ausnahmesituation, in der sie ihr Neugeborenes tötet, sollte nicht vom Familienstand des Kindes oder dem der Mutter abhängig sein. Das Strafmaß sollte die Umstände der Straftat und den Verzweiflungsgrad im Einzelfall berücksichtigen können. Die Strafnorm widerspricht zudem dem Gebot der rechtlichen Gleichstellung nichtehelicher mit ehelichen Kindern gemäß Artikel 6 Abs. 5 des Grundgesetzes.

---

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Justiz in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Frauen und Jugend vom 13. Dezember 1993 übermittelt.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

1. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, wie in den letzten zehn Jahren der § 217 StGB durch die Gerichte angewendet wurde?

Ja; diese ergeben sich aus der Antwort zu Frage 2.

2. In wie vielen Fällen lautete die Anklage auf eine Straftat gemäß § 217 StGB, wie viele Verurteilungen sind ausgesprochen worden, wie hoch war das Strafmaß, jeweils in den letzten zehn Jahren mit Aufschlüsselung nach Bundesländern?

Die als Anlage beigefügten Tabellen enthalten Angaben über nach § 217 StGB Abgeurteilte und Verurteilte in den Jahren 1982 bis 1991 für das Bundesgebiet (alte Bundesländer) insgesamt sowie für die einzelnen (alten) Bundesländer.

Abgeurteilte sind Angeklagte, gegen die Strafbefehle erlassen wurden bzw. das Strafverfahren nach Eröffnung des Hauptverfahrens durch Urteil oder Einstellungsbeschluß rechtskräftig abgeschlossen worden ist.

Verurteilte sind Angeklagte, gegen die nach allgemeinem Strafrecht Freiheitsstrafe oder Geldstrafe (auch durch einen Strafbefehl) verhängt worden ist oder deren Straftat nach Jugendstrafrecht mit Jugendstrafe, Zuchtmittel oder Erziehungsmaßregel geahndet wurde.

Die Angaben in diesen Tabellen sind der Strafverfolgungsstatistik entnommen. Sie wurden vom Statistischen Bundesamt zusammengestellt.

Vorsorglich wird darauf hingewiesen, daß die Angaben für die einzelnen Bundesländer schon allein wegen der geringen Fallzahlen Rückschlüsse auf länderspezifische Verfolgungsstrategien nicht erlauben.

3. Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, wie die Ermittlungsbehörden an Erkenntnisse über mögliche Straftaten im Sinne des § 217 StGB gelangen?

Repräsentative Erkenntnisse zu dieser Frage liegen der Bundesregierung nicht vor.

Nach der Darstellung von Püschel, Hasselblatt und Labes (1988) (siehe Antwort zu Frage 4) setzt zumeist das Auffinden der Leiche die polizeilichen Ermittlungen in Gang.

In der Fallsammlung der Dissertation von Schmidt (1991) (siehe Antwort zu Frage 4) finden sich vereinzelt Hinweise, die diese Annahme bestätigen.

4. Sind der Bundesregierung empirische Untersuchungen über die Anwendung des § 217 StGB bekannt?

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit und unter Vernachlässigung älterer Veröffentlichungen kann auf folgende Untersuchungen hingewiesen werden:

- Rodegra, Kindestötung und Verheimlichung der Schwangerschaft, Herzogenrath: Verlag Murken-Altrogge, 1981;
- Püschel/Hasselblatt/Labes, Kindesmörderinnen: Meist geistig unreif, Kriminalistik, 1988, S. 525–528;
- Schmidt, Die Kindestötung, Überlegungen zu § 217 StGB und dessen Reformierung, Bonn: Dissertation 1991.

Das Institut für Rechtsmedizin der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel hat in jüngster Zeit Untersuchungen zum Thema Kindestötung durchgeführt, die sich auf die Jahre 1980 bis 1989 unter Auswertung von Erkenntnissen von Rechtsmedizinischen Instituten in den alten Bundesländern erstrecken. Diese Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen. Erste Teilergebnisse sind in der Zeitschrift Rechtsmedizin 1992, 135 veröffentlicht.

5. Wie wurden die §§ 211 und 212 StGB in den letzten zehn Jahren durch die Gerichte angewendet, wenn in oder gleich nach der Geburt ein eheliches Kind getötet wurde?

Die Fälle der Tötung eines ehelichen Kindes in oder gleich nach der Geburt durch die Mutter werden durch die Statistik der Strafverfolgung des Statistischen Bundesamtes nicht gesondert erfaßt. Die Bundesregierung vermag daher diese Frage nicht zu beantworten.

Nach den erwähnten Kieler Untersuchungen waren in 92 Fällen von Kindestötungen, in denen der Familienstand festgestellt werden konnte, 21 Kinder ehelich geboren. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, daß die Fälle, in denen eine Mutter ihr eheliches Kind in oder gleich nach der Geburt tötet, in geringerer Zahl vorkommen als diejenigen, in denen sich eine nichteheliche Mutter nach § 217 StGB strafbar macht.

6. In wie vielen Fällen der Kindestötung in oder gleich nach der Geburt stützte sich die Anklage auf § 211 und in wie vielen Fällen auf § 212 StGB?  
Worauf stützen sich die Verurteilungen, und welche Strafen wurden verhängt?

Wegen fehlender statistischer Erfassung vermag die Bundesregierung auch nicht anzugeben, in wie vielen Fällen der Kindestötung die Anklagen und Urteile sich auf § 211 StGB oder § 212 StGB stützten. Dies gilt auch für die Art und Höhe der jeweiligen Strafen.

7. Wurde in diesen Fällen Strafmilderung gewährt?  
Worin lagen die Gründe für eine eventuelle Strafmilderung (Schuldmilderung, Affekt o. ä.)?

Auch insoweit liegen der Bundesregierung aus den Gründen der Antwort zu Frage 5 statistische Erkenntnisse nicht vor.

8. Wie bewertet die Bundesregierung die unterschiedliche Strafmaßvorgabe bei einer Kindestötung in oder gleich nach der Geburt bei einem nichtehelichen Kind gegenüber einem ehelichen Kind?

Eine Mutter, die ihr nichteheliches Kind in oder gleich nach der Geburt tötet, wird gemäß § 217 Abs. 1 StGB mit Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren bis zu 15 Jahren bestraft. Nach Absatz 2 dieser Strafvorschrift ist die Strafe in minder schweren Fällen Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren.

Tötet eine Mutter ihr eheliches Kind in oder gleich nach der Geburt, so finden die Strafvorschriften des § 211 StGB (Mord) oder des § 212 StGB (Totschlag) Anwendung. § 211 StGB sieht eine lebenslange Freiheitsstrafe, § 212 Abs. 1 StGB eine Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren bis zu 15 Jahren, nach seinem Absatz 2 in besonders schweren Fällen ebenfalls eine lebenslange Freiheitsstrafe vor. In minder schweren Fällen des Totschlags ist nach § 213 StGB die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren.

Allerdings dürfte in Fällen der hier in Rede stehenden Art regelmäßig keines der in Betracht kommenden Mordmerkmale des § 211 StGB erfüllt sein. Heimtücke ist nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung dann gegeben, wenn die Arg- und Wehrlosigkeit des Opfers ausgenutzt wird. Dem Neugeborenen ist jedoch die Fähigkeit zum Argwohn nicht gegeben. Das Mordmerkmal „grausam“ wird durch die Begehungsweise der Tat und eine spezifische innere Haltung des Täters gekennzeichnet. Der Vorsatz muß sich auf alle Umstände erstrecken, die die Grausamkeit der Tat begründen. Beide Voraussetzungen werden mit Rücksicht auf die psychische Ausnahmesituation, in der sich auch diejenige Mutter befindet, die ihr eheliches Kind in oder gleich nach der Geburt tötet, in aller Regel nicht vorliegen.

Vielmehr dürfte grundsätzlich – von ganz außergewöhnlichen Ausnahmefällen abgesehen – bei der Tötung eines ehelichen Kindes in oder gleich nach der Geburt durch die Mutter § 212 Abs. 1 StGB, vielfach sogar § 213 StGB zur Anwendung gelangen. So hat der 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofs in seiner unveröffentlichten Entscheidung vom 19. Juli 1960 – 5 StR 287/60 – ausgeführt, daß bei einer vergleichbaren Ausnahmesituation einer ehelichen Mutter der Gedanke des § 217 StGB strafmildernd berücksichtigt werden müsse.

9. Hält die Bundesregierung die Vorschrift des § 217 StGB für zeitgemäß und vereinbar mit Artikel 6 Abs. 5 GG?

Die Bedeutung der Strafvorschrift der Kindestötung nach § 217 StGB, die die in vielfältiger Hinsicht besondere Lage der nichtehelichen Mutter berücksichtigen soll, hat – wie auch die Antworten

zu den Fragen 2 und 8 zeigen – in starkem Maße wohl aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen, der Entwicklung von Verhütungsmethoden sowie der Liberalisierung der strafrechtlichen Regelungen über den Schwangerschaftsabbruch abgenommen. Die Bundesregierung hält sie daher – zumindest in der derzeitigen Fassung – für nicht mehr zeitgemäß.

Gleichwohl ist sie mit Artikel 6 Abs. 5 GG vereinbar. Die Vorschrift des § 217 StGB will allein durch eine auf Schulderwägungen beruhende Privilegierung dem typischerweise besonderen psychischen Zustand der Mutter eines nichtehelichen Kindes in oder gleich nach der Geburt Rechnung tragen; sie verfolge hingegen nicht den Zweck, nichteheliche Kinder gegen Tötung in oder gleich nach der Geburt weniger zu schützen als eheliche Kinder. Dementsprechend ist auch die Teilnahme Dritter nicht nach § 217 StGB, sondern unstreitig nach den allgemeinen Tötungsstraftatbeständen (§§ 211, 212, 213 StGB) zu beurteilen.

10. Wie beurteilt die Bundesregierung die Konsequenz, daß bei einer ersatzlosen Streichung des § 217 StGB die Ausnahmesituation einer Mutter, die in oder gleich nach der Geburt ihr Kind tötet, keine Berücksichtigung mehr finden könnte, da im Falle einer Kindes-tötung § 211 oder § 212 StGB angewendet werden müßte, der selbst in minder schweren Fällen ein erheblich höheres Strafmaß vorsieht?

Bei einer ersatzlosen Streichung der Strafvorschrift des § 217 StGB kann die psychische Ausnahmesituation einer Mutter, die ihr eheliches oder nichteheliches Kind in oder gleich nach der Geburt tötet, durch die Anwendung des § 213 StGB Berücksichtigung finden. § 213 StGB hat den gleichen Strafraum wie § 217 Abs. 2 StGB. Auf die Ausführungen in der Antwort auf die Frage 8 wird ergänzend Bezug genommen.

11. Wie beurteilt die Bundesregierung die Konsequenz, daß bei Streichung des Wortes „nichtehelich“ aus dem § 217 StGB einer Mutter, die in oder gleich nach der Geburt ihr Kind tötet, unabhängig vom Familienstand des Kindes ein geringeres Strafmaß als bei Kindes-tötung gemäß den §§ 211 und 212 StGB zugebilligt wird?

Auf die Antwort zu Frage 12 wird verwiesen.

12. Welche Überlegungen sind bisher seitens der Bundesregierung angestellt worden, den § 217 StGB zu reformieren?

Nach bisherigen Überlegungen im Zusammenhang mit Vorarbeiten zu einer Reform der Tötungsstatbestände wird eine Streichung des § 217 StGB insgesamt erwogen.

## Wegen Kindestötung (§ 217 StGB) Abgeurteilte und Verurteilte in der Strafverfolgungsstatistik nach der Höhe des Strafmaßes

## Früheres Bundesgebiet

Jahr	Abgeurteilte	Verurteilte	Nach allgemeinem Strafrecht Verurteilte						Nach Jugendstrafrecht Verurteilte					
			Freiheitsstrafe						Jugendstrafe					
			zus.	davon Straf- auss.	bis einschl. 1 Jahr	mehr als . . . bis einschließlich . . .			zus.	davon Straf- auss.	bis einschl. 1 Jahr	mehr als . . . bis einschließlich . . .		
						1 bis 2 Jahre	2 bis 5 Jahre	5. und mehr Jahre				1 bis 2 Jahre	2 bis 5 Jahre	5 bis 10 Jahre
1982	11	11	6	4	1	3	2	–	5	4	1	4	–	–
1983	7	7	4	3	1	2	1	–	3	2	–	3	–	–
1984	9	9	5	3	1	2	2	–	4	4	2	2	–	–
1985	4	4	2	1	–	1	1	–	2	2	–	2	–	–
1986	1	1	–	–	–	–	–	–	1	1	–	1	–	–
1987	3	2	–	–	–	–	–	–	2	1	–	1	1	–
1988	9	7 <sup>1)</sup>	6	5	–	5	1	–	–	–	–	–	–	–
1989	7	7	1	–	–	1	–	–	6	5	1	4	1	–
1990	12	10	8	5	1	5	2	–	2	2	–	2	–	–
1991	7	6	5	1	1	1	3	–	1	1	–	1	–	–

1) 1 Verurteilung zu Geldstrafe (Allgemeines Strafrecht).

## Wegen Kindebstötung (§ 217 StGB) Abgeurteilte und Verurteilte in der Strafverfolgungsstatistik nach der Höhe des Strafmaßes

## Baden-Württemberg

Jahr	Abgeurteilte	Verurteilte	Nach allgemeinem Strafrecht Verurteilte						Nach Jugendstrafrecht Verurteilte					
			Freiheitsstrafe						Jugendstrafe					
			zus.	davon Straf- auss.	bis einschl. 1 Jahr	mehr als . . . bis einschließlich . . .			zus.	davon Straf- auss.	bis einschl. 1 Jahr	mehr als . . . bis einschließlich . . .		
						1 bis 2 Jahre	2 bis 5 Jahre	5 und mehr Jahre				1 bis 2 Jahre	2 bis 5 Jahre	5 bis 10 Jahre
1982	3	3	1	–	–	–	1	–	2	1	1	1	–	–
1983	2	2	2	1	–	1	1	–	–	–	–	–	–	–
1984	4	4	3	1	1	–	2	–	1	1	1	–	–	–
1985	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1986	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1987	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1988	2	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1989	1	1	–	–	–	–	–	–	1	1	1	–	–	–
1990	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1991	1	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–





## Wegen Kindestötung (§ 217 StGB) Abgeurteilte und Verurteilte in der Strafverfolgungsstatistik nach der Höhe des Strafmaßes

Berlin (West)

Jahr	Abgeurteilte	Verurteilte	Nach allgemeinem Strafrecht Verurteilte						Nach Jugendstrafrecht Verurteilte					
			Freiheitsstrafe						Jugendstrafe					
			zus.	davon Straf- auss.	bis einschl. 1 Jahr	mehr als ... bis einschließlich ...			zus.	davon Straf- auss.	bis einschl. 1 Jahr	mehr als ... bis einschließlich ...		
						1 bis 2 Jahre	2 bis 5 Jahre	5 und mehr Jahre				1 bis 2 Jahre	2 bis 5 Jahre	5 bis 10 Jahre
1982	1	1	1	1	–	1	–	–	–	–	–	–	–	–
1983	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1984	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1985	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1986	1	1	–	–	–	–	–	–	1	1	–	1	–	–
1987	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1988	1	1	1	1	–	1	–	–	–	–	–	–	–	–
1989	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1990	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1991	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–

## Wegen Kindestötung (§ 217 StGB) Abgeurteilte und Verurteilte in der Strafverfolgungsstatistik nach der Höhe des Strafmaßes

## Bremen

Jahr	Abgeurteilte	Verurteilte	Nach allgemeinem Strafrecht Verurteilte						Nach Jugendstrafrecht Verurteilte					
			Freiheitsstrafe						Jugendstrafe					
			zus.	davon Straf- auss.	bis einschl. 1 Jahr	mehr als . . . bis einschließlich . . .			zus.	davon Straf- auss.	bis einschl. 1 Jahr	mehr als . . . bis einschließlich . . .		
						1 bis 2 Jahre	2 bis 5 Jahre	5 und mehr Jahre				1 bis 2 Jahre	2 bis 5 Jahre	5 bis 10 Jahre
1982	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1983	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1984	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1985	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1986	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1987	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1988	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1989	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1990	1	1	1	–	–	1	–	–	–	–	–	–	–	–
1991	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–

## Wegen Kindestötung (§ 217 StGB) Abgeurteilte und Verurteilte in der Strafverfolgungsstatistik nach der Höhe des Strafmaßes

## Hamburg

Jahr	Abgeurteilte	Verurteilte	Nach allgemeinem Strafrecht Verurteilte						Nach Jugendstrafrecht Verurteilte					
			Freiheitsstrafe						Jugendstrafe					
			zus.	davon Straf- auss.	bis einschl. 1 Jahr	mehr als . . . bis einschließlich . . .			zus.	davon Straf- auss.	bis einschl. 1 Jahr	mehr als . . . bis einschließlich . . .		
						1 bis 2 Jahre	2 bis 5 Jahre	5 und mehr Jahre				1 bis 2 Jahre	2 bis 5 Jahre	5 bis 10 Jahre
1982	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1983	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1984	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1985	1	1	–	–	–	–	–	–	1	1	–	1	–	–
1986	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1987	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1988	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1989	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1990	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1991	1	1	1	–	–	1	–	–	–	–	–	–	–	–

## Wegen Kinstötung (§ 217 StGB) Abgeurteilte und Verurteilte in der Strafverfolgungsstatistik nach der Höhe des Strafmaßes

## Hessen

Jahr	Abgeurteilte	Verurteilte	Nach allgemeinem Strafrecht Verurteilte						Nach Jugendstrafrecht Verurteilte					
			Freiheitsstrafe						Jugendstrafe					
			zus.	davon Straf- auss.	bis einschl. 1 Jahr	mehr als ... bis einschließlich ...			zus.	davon Straf- auss.	bis einschl. 1 Jahr	mehr als ... bis einschließlich ...		
						1 bis 2 Jahre	2 bis 5 Jahre	5 und mehr Jahre				1 bis 2 Jahre	2 bis 5 Jahre	5 bis 10 Jahre
1982	1	1	1	1	–	1	–	–	–	–	–	–	–	–
1983	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1984	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1985	1	1	1	1	–	1	–	–	–	–	–	–	–	–
1986	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1987	1	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1988	1	1	1	–	–	1	–	–	–	–	–	–	–	–
1989	1	1	–	–	–	–	–	–	1	1	–	1	–	–
1990	1	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1991	2	2	1	–	–	–	1	–	1	1	–	1	–	–

## Wegen Kindestötung (§ 217 StGB) Abgeurteilte und Verurteilte in der Strafverfolgungsstatistik nach der Höhe des Strafmaßes

## Niedersachsen

Jahr	Abgeurteilte	Verurteilte	Nach allgemeinem Strafrecht Verurteilte						Nach Jugendstrafrecht Verurteilte					
			Freiheitsstrafe						Jugendstrafe					
			zus.	davon Straf- auss.	bis einschl. 1 Jahr	mehr als ... bis einschließlich ...			zus.	davon Straf- auss.	bis einschl. 1 Jahr	mehr als ... bis einschließlich ...		
						1 bis 2 Jahre	2 bis 5 Jahre	5 und mehr Jahre				1 bis 2 Jahre	2 bis 5 Jahre	5 bis 10 Jahre
1982	1	1	1	1	1	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1983	1	1	1	1	–	1	–	–	–	–	–	–	–	–
1984	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1985	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1986	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1987	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1988	2	2 <sup>1)</sup>	1	1	–	1	–	–	–	–	–	–	–	–
1989	1	1	–	–	–	–	–	–	1	1	–	1	–	–
1990	5	4	2	1	–	1	1	–	2	2	–	2	–	–
1991	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–

1) 1 Verurteilung zu Geldstrafe (Allgemeines Strafrecht).

## Wegen Kindestötung (§ 217 StGB) Abgeurteilte und Verurteilte in der Strafverfolgungsstatistik nach der Höhe des Strafmaßes

## Nordrhein-Westfalen

Jahr	Abgeurteilte	Verurteilte	Nach allgemeinem Strafrecht Verurteilte						Nach Jugendstrafrecht Verurteilte					
			Freiheitsstrafe						Jugendstrafe					
			zus.	davon Straf- auss.	bis einschl. 1 Jahr	mehr als . . . bis einschließlich . . .			zus.	davon Straf- auss.	bis einschl. 1 Jahr	mehr als . . . bis einschließlich . . .		
						1 bis 2 Jahre	2 bis 5 Jahre	5 und mehr Jahre				1 bis 2 Jahre	2 bis 5 Jahre	5 bis 10 Jahre
1982	1	1	1	1	–	1	–	–	–	–	–	–	–	–
1983	2	2	–	–	–	–	–	–	2	1	–	2	–	–
1984	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1985	1	1	–	–	–	–	–	–	1	1	–	1	–	–
1986	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1987	1	1	–	–	–	–	–	–	1	1	–	1	–	–
1988	2	2	2	2	–	2	–	–	–	–	–	–	–	–
1989	2	2	1	–	–	1	–	–	1	1	–	1	–	–
1990	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1991	2	2	2	–	–	–	2	–	–	–	–	–	–	–

Wegen Kindestötung (§ 217 StGB) Abgeurteilte und Verurteilte in der Strafverfolgungsstatistik nach der Höhe des Strafmaßes

Rheinland-Pfalz

Jahr	Abgeurteilte	Verurteilte	Nach allgemeinem Strafrecht Verurteilte						Nach Jugendstrafrecht Verurteilte					
			Freiheitsstrafe						Jugendstrafe					
			zus.	davon Straf- auss.	bis einschl. 1 Jahr	mehr als . . . bis einschließlich . . .			zus.	davon Straf- auss.	bis einschl. 1 Jahr	mehr als . . . bis einschließlich . . .		
						1 bis 2 Jahre	2 bis 5 Jahre	5 und mehr Jahre				1 bis 2 Jahre	2 bis 5 Jahre	5 bis 10 Jahre
1982	2	2	1	—	—	—	1	—	1	1	—	1	—	—
1983	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1984	2	2	2	2	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—
1985	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1986	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1987	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1988	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1989	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1990	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1991	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

## Saarland

[illegible]



## Wegen Kindestötung (§ 217 StGB) Abgeurteilte und Verurteilte in der Strafverfolgungsstatistik nach der Höhe des Strafmaßes

## Schleswig-Holstein

Jahr	Abgeurteilte	Verurteilte	Nach allgemeinem Strafrecht Verurteilte						Nach Jugendstrafrecht Verurteilte					
			Freiheitsstrafe						Jugendstrafe					
			zus.	davon Straf- auss.	bis einschl. 1 Jahr	mehr als . . . bis einschließlich . . .			zus.	davon Straf- auss.	bis einschl. 1 Jahr	mehr als . . . bis einschließlich . . .		
						1 bis 2 Jahre	2 bis 5 Jahre	5 und mehr Jahre				1 bis 2 Jahre	2 bis 5 Jahre	5 bis 10 Jahre
1982	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1983	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1984	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1985	1	1	1	–	–	–	1	–	–	–	–	–	–	–
1986	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1987	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1988	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1989	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
1990	3	3	3	2	1	1	1	–	–	–	–	–	–	–
1991	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–





